

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 14

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

um Demokratisierung ging, so hat das «Parlament» auf jeden Fall nicht bei sich selber angefangen. Es erliess seine drei Gesetze ohne Anfechtung und ohne Gegenstimmen wie eh und je. Gorbatschow hatte vor dem Januarplenium des ZK die an westlichen Ansprüchen gemessene bescheidene Forderung gestellt, dass sich die staatliche Legislativbehörde nicht als schiefes Ratifikationsgremium von Parteibeschlüssen verhalten müsse, aber von einer Umgestaltung der Stempelmaschinerie, die der Oberste Sowjet als Alibigebilde ist, war für diesmal wenigstens noch nichts zu merken.

Die Texte hingegen, welche die Deputierten mit ihrem altgestalteten Befehlsvollstreckungsreflex verabschiedeten, sind doch ein Beitrag zur organisierten Perestrojka. Wir werden auf sie noch zurückkommen, aber jetzt schon folgendes:

Das neue Betriebsgesetz betrifft die Stichworte sowohl der Wirtschaftsreform als auch der Belegschaftsdemokratisierung. Unter beiden Aspekten gibt es eine neue Anzahl von Befugnissen «unten», das heisst auf Betriebsebene und auf Personalebene, ohne dass deswegen die Hierarchie der Befugnisse «oben» ersetzt würde. Die Modifikationen sind vorerst probeweise einzuführen. Es gibt den alten Politwitz von der Verkehrsreform, die man dadurch testet, dass man einstweilen die Taxis links fahren lässt, und er hat Chancen, im Zusammenhang mit dem neuen Betriebsgesetz aktualisiert zu werden.

Das zweite Gesetz gibt dem Sowjetbürger die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen gegen willkürliche Verwaltungsentscheide zu appellieren. Das würde in Richtung auf vermehrte Rechtssicherheit gehen, wenn man nur einen Bestand an Rechtssicherheit hätte, der sich vermehren liesse. Der Nachholbedarf an Rechtsstaatlichkeit umfasst deren Totalität, aber ein Schritt in die richtige Richtung ist durchaus etwas. Als Prüfstein in dieser Beziehung wird die Justizreform zu sehen sein, deren Veröffentlichung auf Jahresende vorgesehen ist.

Von eigenartigem Interesse ist das dritte Gesetz, das vorsieht, künftig wichtige politische Themen und Vorhaben einer öffentlichen Diskussion zu unterziehen, also die Bevölkerung (unverbindlich) zu konsultieren. Das komische

dabei ist, dass es die Institution der Volksdiskussion schon längst gibt (siehe ZB, Nr. 9/1987). Nur war sie als vorschriftsgemäss ablaufende Übung tatsächlich «zum vergessen», und genau das hat man denn auch getan.

Was hier ungesagt zum Tragen kommt, das ist die Absage zumindest an der Handhabung der «sozialistischen Demokratie» bisher. Sie hat nichts getaugt, und das implizierte Eingeständnis ist wirklich bemerkenswert.

Bis jetzt gab es in der Sowjetunion bloss die «Diktatur des ganzen Volkes» (offizieller Begriff). Und jetzt soll das Volk im Zeichen der Demokratisierung auch noch das erstmalige Recht erhalten, von Zeit zu Zeit angehört zu werden. Welch ein Fortschritt.

Das ist ein Witz auf das Sowjetsystem. Aber als Witz der Perestrojka-Sache bleibt zu beachten, dass der Fortschritt echt ist. Und wenn man den doppelten Witz auf die gesamte Perestrojka anwendet, hat man den richtigen Masstab.

Christian Brügger

Zusammenhänge

Raketenrückzug nicht rückstossfrei

Nach dem Einlenken der Bundesregierung in der Frage einer doppelten Null-Lösung für den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa spielte die Abrüstungsproblematik beim Wirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industrienationen keine wesentliche Rolle mehr. Einem Null-Abkommen zwischen Amerikanern und Sowjets steht ja nichts mehr im Wege. Und von der politischen Seite her wird die neue militärische Konstellation nach einer Null-Lösung eher verdrängt als geprüft. Ohne Rücksicht auf politische Tagesinteressen legte in Bonn nur die Bundeswehr Anfang Mai eine nüchterne Einschätzung über die sowjetische Militärlösung auf den Tisch des Verteidigungsausschusses im Bundestag:

«Der Warschauer Pakt rüstet entgegen den Abrüstungsbeteuerungen des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow weiter unablässig auf.» Nach Erkenntnissen des Verteidigungsministeriums habe sich keine «grundlegende Änderung» bei den Vorstellungen der KPdSU und keine Änderung in der Sicherheitspolitik von Gorbatschow ergeben. Die Zielsetzung der Sowjets sei, Westeuropa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln. Mit seinem Vorgehen wolle Moskau die Nato schwächen. Die Sowjetunion strebe zwar ihre Ziele nicht unbedingt mit militärischer Macht an, sei aber bereit, bei «kalkulierbarem Risiko» notfalls ihre Vorhaben auch mit einer militärischen Auseinandersetzung zu erreichen.

Die Offiziere der Bundeswehr haben darüber hinaus dargestellt, dass die Sowjetunion «konsequent» eine Lage anstrebe, in der sie über alle Fähigkeiten militärischer Art verfüge, die ihr zu gegebener Zeit «die Wahrnehmung der

militärischen Optionen ermöglicht». Gorbatschow habe vier Prioritäten im Auge:

1. Der nukleare Krieg bleibe für ihn ein Mittel der Politik.
2. Der «Sieg ist oberstes Gebot».
3. Ein Konflikt werde vom ersten Tag an auf dem Territorium des Gegners ausgetragen.
4. Zu diesem Zweck sind für die sowjetischen Militärs auch «überfallartige Schläge erlaubt».

Die Sowjets seien, so wurde ausgeführt, ohne Unterlass dabei, sich die Möglichkeiten für einen konventionellen «Angriff» zu verschaffen. Sie würden modernste Führungsstrukturen und -mittel einführen. Dadurch werde die Warnzeit des westlichen Bündnisses beeinträchtigt. Ausserdem baue die Sowjetunion «in konsequenter Weise» ihre nuklear-strategischen Kräfte aus, um auch die «hart verbunkerten» Raketenstellungen der USA zerstören zu können.

Die UdSSR verfüge über das grösste vollmechanisierte Heer, erläuterten die Offiziere der Bundeswehr. Moskau habe über 200 Divisionen, dazu kämen 50 Divisionen seiner Satellitenstaaten. Seit 1970 habe die sowjetische Armee bei den Panzern um 40 Prozent, bei den Schützenpanzern um 50 Prozent und bei der Artillerie um 170 Prozent «zugelegt».

Wenn man dazu bedenkt, dass Gorbatschow noch nirgendwo in der Welt, wo die Sowjetunion militärische Konflikte unterstützt, die geringsten Zeichen von Spannungswillen gezeigt hat, so fragt man sich nach dem wahren politischen Ziel der sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Denn militärisch wird in Europa durch die Null-Lösung nur die Nato geschwächt.

jp



Komsomol-(Jugendorganisation)-Instruktor: «Ich verlasse den Komsomol nie und bleibe immer jung.» («Krokodil», Moskau, Nr. 17/1987)